

Satzung

des Medizinischen Dienstes Nord

vom 28.01.2022 beschlossen einschließlich der Entschädigungsregelung gemäß § 415 Absatz 1 Satz 3 SGV geändert durch:

Änderung	Beschluss in VR Sitzung vom	Genehmigt durch Behörde
1.	25.02.2021	gültig ab 28.09.2022
2.	25.03.2021	gültig ab 17.06.2021
3.	14.02.2023	gültig ab 31.03.2023
4.	27.03.2025	gültig ab 23.04.2025
5.	24.03.2026	gültig ab 16.04.2026


Der in der Sitzung des Verwaltungsrats am 24.03.2026 beschlossene 5. Nachtrag zur Satzung des Medizinischen Dienstes Nord (MD Nord) wird hiermit genehmigt.

Hamburg, den 16. April 2026

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Gesundheit, Soziales und Integration
Amt für Gesundheit
Fachabteilung Gesundheitsrecht und Gesundheitsberufe
Referat Sozialversicherung, Kassenärztliche Versorgung, Patientenschutz

G 51 – GS768.01-02




Zerdick

5. Änderung der Satzung des Medizinischen Dienstes Nord

Der Verwaltungsrat beschließt in einer 5. Satzungsänderung die Satzung des MD Nord mit Stand vom 17.02.2026.



**Mirko Kräppe
Vorsitzender des Verwaltungsrates
des MD Nord**

Satzung des Medizinischen Dienstes Nord

§ 1 Name, Rechtsform, Sitz und Zuständigkeitsbereich/Einzugsgebiet

- (1) Der Medizinische Dienst in der Freien und Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein führt den Namen „Medizinischer Dienst Nord“ bzw. die Kurzform „MD Nord“.
- (2) Der MD Nord ist gemäß § 278 Abs. 1 SGB V eine rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts (K.d.ö.R.).
- (3) Der Zuständigkeitsbereich des MD Nord erstreckt sich auf die Länder Freie und Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein. Der MD Nord hat seinen Sitz in Hamburg.
- (4) Der MD Nord untersteht der Aufsicht der Hamburger Behörde für Gesundheit, Soziales und Integration (Sozialbehörde).

§ 2 Aufgaben

- (1) Der MD Nord hat die ihm gesetzlich zugewiesenen Aufgaben nach dem Sozialgesetzbuch zu erfüllen.
- (2) Der MD Nord nimmt Beratungs- und Begutachtungsaufgaben in Medizin, Sozialmedizin und Pflege wahr.
- (3) Der MD Nord kann im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen auch weitere Aufgaben übernehmen.

§ 3 Organe

Organe des MD Nord sind der Verwaltungsrat und der Vorstand.

§ 4 Verwaltungsrat

- (1) Dem Verwaltungsrat gehören gemäß § 279 Abs. 3 S. 1 SGB V 23 Vertreterinnen und Vertreter an, die sich auf die nachfolgenden Vertretergruppen verteilen.
- (2) Die Krankenkassen bzw. Krankenkassenverbände sind im Verwaltungsrat nach Maßgabe des § 279 Abs. 4 SGB V mit 16 stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertretern repräsentiert, die sich wie folgt zusammensetzen:
 - a) AOK Nordwest 3 Vertreterinnen und Vertreter
 - b) AOK Rheinland/Hamburg 1 Vertreterin / Vertreter
 - c) BKK-Landesverband Nordwest 2 Vertreterinnen und Vertreter
 - d) Ersatzkassen 8 Vertreterinnen und Vertreter
 - e) IKK classic / IKK-Die Innovationskasse 1 Vertreterin / Vertreter
 - f) Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau 1 Vertreterin / Vertreter
- (3) Die Verbände und Organisationen im Sinne von § 279 Abs. 5 Nr. 1 SGB V sind durch fünf stimmberechtigte Vertreterinnen und Vertreter repräsentiert.

- (4) Die maßgeblichen Verbände der Pflegeberufe und die Landesärztekammer sind gemäß § 279 Abs. 5 Nr. 2 SGB V mit je einer Vertreterin oder einem Vertreter ohne Stimmrecht repräsentiert.
- (5) Jede Vertreterin und jeder Vertreter im Verwaltungsrat hat bis zu zwei Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter für den Verhinderungsfall. Listenstellvertretung ist möglich.
- (6) Näheres regelt die Geschäftsordnung des Verwaltungsrates.

§ 5 Wahl bzw. Benennung der Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat

- (1) Die 16 Vertreterinnen und Vertreter der Krankenkassen bzw. Krankenkassenverbände im Verwaltungsrat und ihre Stellvertretung werden gemäß § 279 Abs. 4 SGB V von ihren zuständigen Selbstverwaltungsorganen gewählt.
- (2) Die sieben Vertreterinnen und Vertreter der Verbände und Organisationen im Sinne von § 279 Abs. 5 Nr. 1 und 2 SGB V werden durch die Hamburger Sozialbehörde benannt.

§ 6 Wahl der oder des Vorsitzenden des Verwaltungsrates

- (1) Die oder der Vorsitzende des Verwaltungsrates und ihre oder seine Stellvertretung werden jeweils in der ersten Sitzung nach Ablauf der vorherigen Amtsperiode (§ 11 Abs. 2) aus dessen Mitte von den stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertretern des Verwaltungsrates mit der Maßgabe gewählt, dass sie den Vorsitz bei gegenseitiger Stellvertretung abwechselnd für ein Jahr führen. Der Vorsitz wechselt jeweils zum 1. Januar eines Jahres.
- (2) Scheidet die vorsitzende Person oder deren Stellvertretung aus, wird eine Nachfolge gewählt.

§ 7 Aufgaben des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat hat

1. die Satzung einschließlich ihrer Änderungen zu beschließen,
2. die vorsitzende Person und Stellvertretung zu wählen,
3. die Vorstandsvorsitzende bzw. den Vorstandsvorsitzenden und ihre Stellvertreterin bzw. seinen Stellvertreter zu wählen,
4. den Haushaltsplan und einen eventuellen Nachtragshaushalt festzustellen, die Jahresrechnung abzunehmen sowie über die Entlastung des Vorstandes wegen der Jahresrechnung zu beschließen,
5. die Betriebs- und Rechnungsführung einmal jährlich zu prüfen,
6. die Richtlinien für die Erfüllung der Aufgaben des MD Nord unter Beachtung der Empfehlungen des MD Bund nach § 283 Abs. 2 SGB V aufzustellen,
7. allgemeine Richtlinien für die Führung der Verwaltungsgeschäfte des Vorstandes zu erlassen,
8. über den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken sowie Errichtung von Gebäuden zu entscheiden,
9. über eine Amtsentbindung bzw. Amtsenthebung der oder des Vorstandsvorsitzenden bzw. der oder des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden zu entscheiden,

10. über die Errichtung und Auflösung von Nebenstellen zu entscheiden,
11. eine Geschäftsordnung aufzustellen und
12. im Bedarfsfalle Ausschüsse einzurichten.

§ 8 Verwaltungsratsplenum

- (1) Neben den Vertreterinnen und Vertretern im Verwaltungsrat nimmt der Vorstand des MD Nord an allen Sitzungen teil.
- (2) Weitere Personen können im Einzelfall von den Vorsitzenden des Verwaltungsrates als sachverständige Berater hinzugezogen werden. Ein ständiges Teilnahmerecht wird hierdurch nicht begründet.

§ 9 Ausschüsse

Zur Unterstützung, Beratung, Vorbereitung oder Erledigung bestimmter Angelegenheiten des Verwaltungsrates können bei Bedarf vom Verwaltungsrat Ausschüsse gebildet werden.

§ 10 Ehrenamt, Entschädigung

- (1) Die Tätigkeit der Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat ist ehrenamtlich.
- (2) Die Entschädigung der Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat erfolgt nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften. In einer Entschädigungsregelung, die Bestandteil dieser Satzung ist, sind die Einzelheiten festzulegen.

§ 11 Amtsdauer

- (1) Die gewählten und benannten Personen werden Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat an dem Tag, an dem die konstituierende Sitzung des Verwaltungsrates stattfindet.
- (2) Die Amtsdauer der Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat beträgt sechs Jahre; sie endet jedoch unabhängig davon mit dem Zusammentritt des neuen Verwaltungsrates.
- (3) Die Amtszeit der Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat nach § 4 Abs. 2 darf zwei Amtsperioden nicht überschreiten. Personen, die am 1. Januar 2020 bereits Vertreterin oder Vertreter im Verwaltungsrat eines Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung sind, können einmalig wiedergewählt werden.

§ 12 Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung

- (1) Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Vertreterinnen und Vertreter ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat anwesend ist.
- (2) Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden mit einfacher Mehrheit seiner stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertreter gefasst.
- (3) Beschlüsse in Haushaltsangelegenheiten und über die Aufstellung und Änderung der

Satzung bedürfen der Mehrheit von zwei Dritteln der stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat.

- (4) Der Verwaltungsrat kann in dringenden Fällen ohne Sitzung schriftlich abstimmen (schriftliches Umlaufverfahren), soweit kein Widerspruch gemäß § 64 Abs. 3 Satz 3 SGB IV erfolgt.
- (5) Der Verwaltungsrat kann hybride Sitzungen im Sinne von § 64a Abs. 1 SGB IV durchführen, wenn einzelnen Vertreterinnen oder Vertretern eine Teilnahme in Präsenz sonst nicht zumutbar oder nicht geboten ist. Liegen epidemische oder pandemische Gründe z.B. mit Kontaktbeschränkungen vor, sind digitale Sitzungen im Sinne von § 64a Abs. 2 SGB IV grundsätzlich zu ermöglichen, soweit kein Widerspruch gemäß § 64a Abs. 2 Satz 3 SGB IV erfolgt. Zugeschaltete Vertreterinnen und Vertreter und ggf. weitere Teilnehmerebeneberechtigte gelten in Fällen hybrider bzw. digitaler Sitzungen als im Verwaltungsrat anwesend und können, soweit stimmberechtigt, in der Sitzung wirksam abstimmen.
- (6) Eine Sitzungsdurchführung im schriftlichen Umlaufverfahren gemäß Abs. 4 oder als hybride bzw. digitale Sitzung gemäß Abs. 5 ist nicht zulässig bei konstituierenden Sitzungen.

§ 13 Öffentlichkeit, Beratung

Die Sitzungen des Verwaltungsrates sind öffentlich, soweit sie sich nicht mit personellen Angelegenheiten des MD Nord, Grundstücksgeschäften oder geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen (§ 35 SGB I) befassen. Für weitere Beratungspunkte kann in nicht-öffentlicher Sitzung die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Der Beschluss ist in öffentlicher Sitzung bekanntzugeben. Bei öffentlichen Sitzungen, die als hybride Sitzung bzw. digitale Sitzung durchgeführt werden, werden für die Öffentlichkeit Möglichkeiten zum Zuhören oder Zuschauen über elektronische Übermittlungswege angeboten. Die entsprechenden Zugangsmöglichkeiten werden in geeigneter Weise bekannt gemacht.

§ 14 Persönliche Betroffenheit

Eine Vertreterin oder ein Vertreter im Verwaltungsrat darf bei der Beratung und Abstimmung nicht anwesend sein, wenn ein Beschluss ihr oder ihm selbst, einer ihr oder ihm nahestehenden Person (§ 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 ZPO) oder einer von ihr oder ihm vertretenen Person einen unmittelbaren Vor- oder Nachteil bringen kann.

§ 15 Amtsentbindung und Amtsenthebung

- (1) Der Verwaltungsrat entscheidet mit einfacher Mehrheit gemäß § 59 Absatz 2 und 3 SGB IV über eine Amtsentbindung bzw. Amtsenthebung einer Vertreterin oder eines Vertreters des Verwaltungsrates aus einem wichtigen Grund.
- (2) Schließen Tatsachen das Vertrauen der Vertreterinnen und Vertreter des Verwaltungsrates zu der Amtsführung der vorsitzenden Person oder deren Stellvertretung aus, kann der Verwaltungsrat diese mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertreter abberufen (Amtsenthebung).

§ 16 Vorstand

- (1) Der Vorstand wird aus der oder dem Vorstandsvorsitzenden und der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter gebildet.

- (2) Die oder der Vorstandsvorsitzende und ihre oder seine Stellvertreterin oder ihr oder sein Stellvertreter führen hauptamtlich die Geschäfte und vertreten den MD Nord gerichtlich und außergerichtlich. Die Mitglieder des Vorstandes sind dabei einzeln vertretungsberechtigt, soweit der Verwaltungsrat für Einzelfälle durch Beschluss keine abweichende Regelung trifft.
- (3) Der Vorstand hat den Haushaltsplan aufzustellen und die Jahresrechnung zu erstellen.
- (4) Der Vorstand unterstützt den Verwaltungsrat bei der Vor- und Nachbereitung von Sitzungen und Beschlüssen und vollzieht diese.

§ 17 Ombudsperson

- (1) Beim MD Nord wird gemäß § 278 Abs. 3 SGB V eine unabhängige Ombudsperson bestellt.
- (2) Die Bestellung, unabhängige Aufgabenwahrnehmung und Vergütung der Ombudsperson richtet sich nach der vom MD Bund dafür gemäß § 283 Abs. 2 Nr. 5 SGB V erlassenen Richtlinie in der jeweils geltenden Fassung. Der Verwaltungsrat bestellt eine Person durch einfachen Beschluss.
- (3) Die Ombudsperson berichtet gemäß § 278 Abs. 3 SGB V dem Verwaltungsrat und der zuständigen Aufsichtsbehörde in anonymisierter Form jährlich und bei gegebenem Anlass und veröffentlicht den Bericht drei Monate nach Zuleitung an den Verwaltungsrat und die Aufsichtsbehörde auf ihrer Internetseite.

§ 18 Aufbringung und Verwaltung der Mittel

- (1) Die zur Finanzierung der Aufgaben des MD Nord nach § 275 Abs. 1 bis 3b SGB V, § 275a bis 275c SGB V und den nach dem SGB XI übertragenen Aufgaben erforderlichen Mittel werden nach § 280 SGB V von den Allgemeinen Ortskrankenkassen, den Betriebs- und Innungskrankenkassen, der landwirtschaftlichen Krankenkasse, den Ersatzkassen und der BAHN-BKK, die Mitglieder mit Wohnsitz im Einzugsbereich des MD Nord haben, durch eine Umlage aufgebracht.
- (2) Die Mittel sind im Verhältnis der Zahl der Mitglieder dieser Krankenkassen mit Wohnort im Einzugsbereich des MD Nord aufzuteilen. Die Zahl der nach Satz 1 maßgeblichen Mitglieder der Krankenkassen ergibt sich nach dem Vordruck KM 6 der Statistik über die Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung. Als Stichtag gilt jeweils der 01.07. des Jahres, für das der Haushaltsplan festgestellt wird.
- (3) Die Krankenkassen zahlen ihren Anteil an der Umlage als Abschlag vierteljährlich im Voraus und zwar jeweils zum 1. Januar, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober jeden Jahres. Abweichend von Abs. 2 Satz 3 gilt als Stichtag zur Berechnung der Abschlagszahlungen der 01.07. des Jahres, das dem Jahr vorausgeht, für das der Haushaltsplan festgestellt wird.
- (4) Sobald die nach Abs. 2 Satz 2 maßgeblichen Mitgliederzahlen zum 01.07. des Jahres, für das der Haushaltsplan festgestellt ist, vorliegen, erfolgt auf der Basis dieser Mitgliederzahlen eine Neuberechnung der Umlageanteile. Aus dieser Neuberechnung resultierende Nachforderungen sind von den betreffenden Krankenkassen zu leisten, Erstattungen an die betreffenden Krankenkassen zu leisten oder mit noch ausstehenden Zahlungen zu verrechnen.

- (5) Eine Abrechnung der geleisteten Umlagen auf Basis des Jahresrechnungsergebnisses findet nicht statt.
- (6) Für die Kostentragung im Übrigen gelten § 280 Abs. 1 Satz 4 SGB V und § 280 Abs. 2 Satz 4 SGB V.
- (7) Die Leistungen des MD Nord im Rahmen der ihm übertragenen Aufgaben nach § 275 Abs. 4a und Abs. 4b SGB V sind vom jeweiligen Auftraggeber durch ein aufwandsorientiertes Nutzerentgelt zu vergüten und auszuweisen. Eine Verwendung von Umlagemitteln nach Abs. 1 zur Finanzierung dieser Aufgaben ist ausgeschlossen.
- (8) Für die Verwaltung der Mittel gilt § 280 Abs. 3 SGB V.

§ 19 Dienstrecht, Einigungsstelle

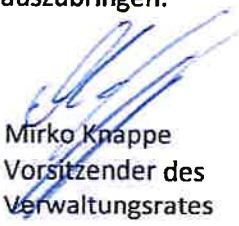
- (1) Für die von den vormaligen Landesversicherungsanstalten übernommenen Beamtinnen und Beamten gilt das Hamburgische Beamtengesetz (HmbBG) in der jeweils geltenden Fassung. Insoweit ist der MD Nord Dienstherr. Oberste Dienstbehörde ist der Verwaltungsrat. Dienstvorgesetzter ist die oder der Vorstandsvorsitzende.
- (2) Die Einigungsstelle nach Maßgabe des Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes wird beim Vorstand gebildet. Entscheidet der Verwaltungsrat, dass eine Vertreterin oder ein Vertreter aus dessen Mitte für ein anstehendes Einigungsstellenverfahren zu benennen sei, hat der Vorstand diese zu berücksichtigen.

§ 20 Bekanntmachungen

Satzungen, Satzungsänderungen und sonstiges autonomes Recht werden auf der Internetseite des MD Nord veröffentlicht.

§ 21 Inkrafttreten

- (1) Die Satzung tritt am Tag nach Ablauf des Monats, in dem die Genehmigung durch die zuständige Aufsichtsbehörde erteilt wurde, in Kraft getreten und damit für den MD Nord am 01.03.2021 (§ 415 SGB V in der Fassung vor dem 09.06.2021).
- (2) Satzungsänderungen einschließlich einer Neufassung der Satzung und sonstiges autonomes Recht treten, wenn kein anderer Zeitpunkt bestimmt ist, am Tage nach ihrer Bekanntmachung auf der Internetseite des MD Nord in Kraft.
- (3) Satzungsänderungen sind fortlaufend zu nummerieren. Die Daten des Inkrafttretens der Satzung und aller späteren Satzungsänderungen sind auf dem Deckblatt der Satzung auszubringen.



Mirko Knappe
Vorsitzender des
Verwaltungsrates
des MD Nord



Helge Neuwerk
Vorstandsvorsitzender
des MD Nord